



ZdK

Zentralkomitee
der deutschen Katholiken

ZdK-Vollversammlung am 27./28. November 2026

Antrag

Sozial-ökologische Transformation jetzt – Für eine wirksame und gerechte Klimapolitik

Antragsteller*innen

Marie von Manteuffel, Elisabeth Winkelmeier-Becker, Dr. Michael Groß, Prof. Dr. Beate Rudolf, Hannah Braucks, Nicole Podlinski, Clara Braungart, Dr. Stefan Eschbach, Michael Wedell, Dirk Tänzler, Andrea Redding, Odilo Metzler, Lena Wallraff, Gudrun Lux, Matthias Dantlgraber, Max Lucks, Agnieszka Piotrowski

Einleitung und Hintergründe

Die christliche Sozialethik und die biblisch geforderte Verantwortung für die Schöpfung bieten einen klaren Kompass. Personalität, Solidarität, Subsidiarität, Gemeinwohl und Nachhaltigkeit sind für das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) handlungsleitend – gerade in der Klimakrise, die eine existenzielle Bedrohung für das Leben auf der Erde ist. Politisch folgt daraus die Verantwortung, wirksame Maßnahmen auf den Weg zu bringen – im Interesse heutiger und künftiger Generationen.

Die Bundesregierung darf diesen Weg nicht verlassen. Sie sollte der Versuchung widerstehen, notwendige Entscheidungen aufzuschieben oder die Transformation mit populistischer Rhetorik grundsätzlich infrage zu stellen. Dazu gehört auch eine sachliche ökonomische Debatte. Die schwache Produktivitätsentwicklung lässt sich nicht pauschal auf den Klimaschutz zurückführen. Die wirtschaftliche Schwäche hat vielfältige Gründe: Rückstände bei Zukunftstechnologien, der demografische Wandel, Bürokratie, hohe Energie- und Arbeitskosten sowie geopolitische Veränderungen. Hinzu kommt die hohe Abhängigkeit von fossilen Energieimporten, die wesentlich zu den Krisen der vergangenen Jahre beigetragen hat.

Das ZdK wird in den beiden Jahren vor der Bundestagswahl bei den Parteien für eine Klimapolitik werben, die marktwirtschaftliche Instrumente mit einem verlässlichen ordnungs- und förderpolitischen Rahmen verbindet. Ziel ist es, den deutschen Beitrag zum globalen Klimaschutz zu sichern und zugleich die Grundlagen unseres langfristigen Wohlstands zu stärken. Eine starke und zukunftsfähige Wirtschaft ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Klimaschutz gelingt. Subsidiarität bedeutet hier, dass der Staat den ordnungspolitischen Rahmen setzt, während Unternehmen und ihre Beschäftigten die Transformation der Wirtschaft gestalten, indem sie

investieren und Risiken tragen.

Klimaschutz kann nur global erfolgreich sein. Deutschland darf sich deshalb nicht zurückziehen, sondern muss mitgestalten und dafür eintreten, dass die Emissionen im Inland und in Europa sinken, natürliche Kohlenstoffsinken geschützt werden, die Wirtschaft sozial-ökologisch umgebaut wird, eine konsequente Anpassung an die Folgen der Klimakrise gelingt und Drittstaaten mittels kluger Kooperationen Unterstützung erhalten.

Beschlusstext

Das ZdK drängt auf einen neuen parteiübergreifenden Aufbruch im Kampf gegen die Klimakrise und formuliert vier Kernforderungen:

Klimaziele: erhalten und erreichen

Das Pariser Klimaabkommen verpflichtet völkerrechtlich zu ehrgeizigem Klimaschutz. Das Bundesverfassungsgericht hat 2021 geurteilt, dass die Freiheit einer Generation nicht zulasten der kommenden gehen darf. *Das ZdK fordert die Bundesregierung auf, an dem Ziel festzuhalten, bis 2045 treibhausgasneutral zu sein, und in allen Sektoren effektive Maßnahmen zur Umsetzung zu ergreifen.* Deutschlands Aufgabe muss es sein, den notwendigen Ausstieg aus fossilen Energieträgern voranzutreiben und beim Umbau der Wirtschaft eine klare Richtung vorzugeben, um glaubwürdig für wirksamen Klimaschutz zu werben. Dazu gehören wettbewerbsfähige Strompreise, um bessere Bedingungen für private Investitionen zu schaffen.

Klimasozialpolitik: Transformation gestalten und fördern

Förderprogramme können E-Autos, Wärmepumpen und Solaranlagen auch für Haushalte erschwinglich machen, die entsprechende Investitionen allein nicht stemmen könnten – sie sind gute Instrumente für eine starke Klimasozialpolitik. Nun sind weitere Schritte nötig. *Das ZdK fordert die Bundesregierung auf, die Mittel aus dem europäischen Klimasozialfonds gezielt einzusetzen und den Klima- und Transformationsfonds als zentrales nationales Finanzierungsinstrument nicht zur Deckung anderer Ausgaben im Bundeshaushalt heranzuziehen.*

Inventur bei den Subventionen: Fehlanreize beseitigen

Der Koalitionsvertrag enthält die Ankündigung, Subventionen zu überprüfen. *Das ZdK fordert die Bundesregierung zur Reduktion bzw. Reform klimaschädlicher Subventionen auf, die die sozial-ökologische Transformation ausbremsen und die staatlichen Einnahmen erheblich mindern.* Das Gesamtvolumen dieser Vergünstigungen muss sinken, um Fehlanreize zu beseitigen und gleichzeitig den Haushalt zu konsolidieren. Die verbleibenden Subventionen müssen mit den Klima- und Nachhaltigkeitszielen vereinbar sein sowie soziale und wirtschaftliche Härten vermeiden.

Globale Klimafinanzierung: Klimagerechtigkeit im Bundeshaushalt

Im Koalitionsvertrag steht das Vorhaben, einen „fairen Anteil“ zur globalen Klimafinanzierung bereitzustellen und zugleich stärker private Mittel zu mobilisieren. Private Investitionen sind unverzichtbar, können verlässliche staatliche Beiträge aber nicht ersetzen. *Das ZdK fordert die Bundesregierung auf, bei der internationalen Finanzierung zur Senkung der Emissionen, zur Anpassung an die Klimakrise sowie zur Kompensation von Schäden und Verlusten nicht hinter den zugesagten sechs Milliarden Euro jährlich zurückzubleiben.* Dabei geht es um globale Gerechtigkeit und Investitionen in stabile Lieferketten, Resilienz und Sicherheit.

Kirche in Verantwortung: Fordern und fördern

Papst Leo XIV. hat sich entschieden zum Klimaschutz bekannt und den Zusammenhang zwischen Krieg, Konflikten und fossilen Ressourcen benannt. Bei der Weltklimakonferenz in Belém 2025 sagte er: „Es ist von entscheidender Bedeutung, Worte und Reflektionen in Entscheidungen und Taten umzusetzen, die auf Verantwortung, Gerechtigkeit und Fairness beruhen, um dauerhaften Frieden durch die Sorge um die Schöpfung und um unsere Nachbarn zu erreichen.“

Wer politische Veränderungen verlangt, muss auch im eigenen Verantwortungsbereich handeln. Das ZdK ruft deshalb die Diözesen und katholischen Verbände dazu auf, ambitionierte Klimaziele festzulegen und hierfür ausreichend Personal sowie finanzielle Mittel bereitzustellen. Zu den wichtigsten kirchlichen Weichenstellungen in Richtung Klimaneutralität zählen der konsequente Umstieg auf Erneuerbare Energien beim Gebäudebetrieb, die Dekarbonisierung der Vermögensanlagen, eine nachhaltigere Bewirtschaftung der eigenen Flächen, fleischärmere und regionalere Speisepläne und ein entsprechend ausgerichtetes Beschaffungswesen. Gebäude, die nicht mehr für Pastoral oder Verwaltung benötigt werden, sollten für eine sozial verantwortungsvolle Nachnutzung erhalten bzw. klug überplant werden. In Hitzeperioden können kirchliche Gebäude zu kühlen Orten für alle werden. Nicht zuletzt: Die „Schönheit der Werke des Herrn“ häufiger im Gebet und der Feier der Gottesdienste zu betrachten, dazu ermutigt Papst Leo uns immer wieder.

Klimaziele: Erreichen statt aufweichen

Menschenwürde, Freiheit, Teilhabe, Gerechtigkeit und die Sicherung unserer langfristigen Wohlstandsgrundlagen sind Grundpfeiler einer demokratischen Gesellschaft. Das ZdK steht für diese Werte ein. Die Klimakrise gefährdet sie.

Hitzewellen, Waldbrände, Dürren und Überschwemmungen kosten Menschenleben, zerstören natürliche Lebensgrundlagen, beeinträchtigen wirtschaftliche Entwicklung und verursachen wachsende Schäden. Das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt,

dass die Freiheit einer Generation nicht zulasten der kommenden gehen darf. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat entschieden, dass unzureichender Klimaschutz Menschenrechte verletzen kann und Staaten verpflichtet sind, ihre Emissionen zu begrenzen. Zu ehrgeizigem Klimaschutz verpflichtet auch das Pariser Klimaabkommen. Das ZdK fordert die Bundesregierung deshalb auf, an den bestehenden Klimazielen festzuhalten. Die Europäische Union will ihre Emissionen bis 2030 um 55 Prozent und bis 2040 um 90 Prozent senken und bis 2050 Netto-Null-Emissionen erreichen. Deutschland hat sich verpflichtet, bereits 2045 treibhausgasneutral zu sein.

Eine erneute Debatte über die Ziele selbst führt aus Sicht des ZdK in die falsche Richtung. Werden Ziele verschoben oder aufgeweicht, sinkt der Druck zur Innovation. Investitionen werden unsicherer, und die Transformation der Wirtschaft gerät im internationalen Wettbewerb ins Hintertreffen. Deutschlands Aufgabe sollte es vielmehr sein, in Europa für wirksamen Klimaschutz zu werben und beim Umbau der Wirtschaft eine klar erkennbare Richtung verbindlich vorzugeben. Klimaschutz gelingt nicht ohne private Investitionen in geeigneten Rahmenbedingungen. Das ZdK fordert die Bundesregierung dazu auf, mittels wettbewerbsfähiger Strompreise ein besseres Investitionsklima zu schaffen, CO₂-Differenzverträge für die energieintensive Industrie fortzuführen und über die öffentliche Beschaffung Absatzmärkte für klimafreundlich hergestellten Stahl und Zement zu eröffnen.

Die Bundesregierung muss ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen ebenso achten wie die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts – mit einer Klimapolitik, die einen Beitrag dazu leistet, die Freiheitsrechte künftiger Generationen zu schützen.

Ökologisch, sozial, lokal: Gerechtigkeit herstellen, Akzeptanz sichern

Die ökologische Krise ist auch eine soziale Krise. Fossile Rohstoffe werden vielfach unter Bedingungen gewonnen, die Menschen und Umwelt massiv belasten. Gleichzeitig treffen die Folgen der Erderwärmung häufig diejenigen zuerst und am stärksten, die über die geringsten finanziellen Möglichkeiten verfügen, sich davor zu schützen.

Ambitionierter Klimaschutz ist langfristig viel günstiger als unterlassener Klimaschutz. Kurzfristig entstehen allerdings Belastungen. Gerade Haushalte mit geringem Einkommen können diese nicht ohne Weiteres tragen. Deshalb muss die Transformation nicht nur ökologisch, sondern auch sozial sein: Belastungen und Entlastungen müssen gerecht verteilt werden. Für den Arbeitsmarkt bedeutet dies, Beschäftigten in den Schlüsselbranchen der Transformation Angebote zur Weiterqualifizierung zu eröffnen.

Akzeptanz wächst dort, wo Menschen konkret von der Transformation profitieren. Gemeinden und Genossenschaften sollten deshalb stärker an den Erträgen erneuerbarer Energien beteiligt werden. Kommunen brauchen ausreichend Kompetenzen und Mittel, um Klimaschutz und Klimaanpassung – als kommunale Pflichtaufgabe – vor Ort gestalten zu können. Werden ihnen zusätzliche Aufgaben übertragen, muss auch ihre Finanzierung gesichert sein. So kann Klimapolitik vor Ort sichtbar werden: durch besseren Hitzeschutz, mehr Grün, lokale Energieprojekte, geringere Emissionen und zusätzliche Einnahmen für Städte und Gemeinden.

Gleichzeitig fordert das ZdK die Bundesregierung auf, ein Klimaprogramm für soziale Infrastruktur in freier und konfessioneller Trägerschaft aufzulegen. Es soll energetische Sanierungen und Investitionen in erneuerbare Energien auch dort ermöglichen, wo freie bzw. kirchliche Träger nicht über ausreichende Eigenmittel verfügen. Darüber hinaus sollten die Regeln im Sozialgesetzbuch so angepasst werden, dass soziale Einrichtungen stärker davon profitieren können, wenn sie selbst Energie erzeugen.

Energie: fossilfrei und bürgernah

Um langfristig das Überleben unter sozial gerechten Rahmenbedingungen zu sichern, müssen Wirtschaft und Infrastruktur umgebaut werden. Eine zentrale Grundlage dafür ist ein nahezu fossilfreier europäischer Strommarkt. Erneuerbarer Strom sollte dort erzeugt werden, wo dies besonders günstig möglich ist, und dorthin gelangen, wo er gebraucht wird.

Dafür müssen die europäischen Stromnetze schneller ausgebaut und besser miteinander verbunden werden. Das ZdK fordert die Bundesregierung auf, den weitgehenden Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2030 sicherzustellen, den Ausbau der Stromtrassen in Deutschland deutlich zu beschleunigen, die europäischen Netze enger zu verzahnen und den Ausbau von Batteriespeichern voranzutreiben. Ein leistungsfähiges Stromsystem ist eine Voraussetzung dafür, Strompreise langfristig auf einem wettbewerbsfähigen Niveau zu halten.

Verkehr: aufgegleist und erschwinglich

Im Verkehrssektor klafft weiterhin eine große Lücke zwischen den Klimazielen und der tatsächlichen Entwicklung. Sie lässt sich nur mit entschlossenen Maßnahmen schließen.

Das ZdK fordert die Bundesregierung auf, die bestehende Verkehrsinfrastruktur zu sanieren und der Modernisierung, Digitalisierung und naturverträglichen Erweiterung des Schienennetzes Vorrang einzuräumen, anstatt umfangreiche Investitionen in den Neubau weiterer Autobahnen und Bundesstraßen zu tätigen.

Das Deutschlandticket muss dauerhaft gesichert und familienfreundlicher gestaltet werden. Dazu gehört eine kostenlose

Mitnahmeregelung für Kinder. Zugleich sollte der Europatakt 2030 umgesetzt werden, damit attraktive grenzüberschreitende Zugverbindungen insbesondere auf kürzeren Strecken eine echte Alternative zum Flugzeug werden.

Gebäude: bezahlbar saniert, pragmatisch umgebaut

Der Gebäudesektor verursacht erhebliche Treibhausgasemissionen, benötigt große Mengen an Rohstoffen und produziert viel Abfall.

Das ZdK fordert die Bundesregierung auf, Umbau und Weiterentwicklung bestehender Gebäude stärker zu fördern und ihnen gegenüber Neubauten Vorrang zu geben. Das kann Flächenverbrauch und Zersiedelung reduzieren. Umbauten sollten einfacher möglich werden. Dafür sind flexiblere und praxistaugliche Regelungen etwa beim Brand- und Lärmschutz nötig.

Die Wärmewende braucht verlässliche Förderbedingungen. Der Ausbau von Fernwärme und der Einbau von Wärmepumpen sollten langfristig unterstützt werden. Der Begriff der „Technologieoffenheit“ darf nicht dazu führen, die absehbaren Kosten fossiler Heizsysteme zu verschleiern. Steigende Preise für Öl und Gas treffen vor allem diejenigen, die sich einen Umstieg ohne Unterstützung nicht leisten können.

Landwirtschaft: rentabel und nachhaltig

Klimaanpassung ist gerade im Agrarsektor von hoher Relevanz, um Ernährungssicherheit zu gewährleisten und das Preisniveau stabil zu halten.

Für den Umbau der Landwirtschaft liegen seit Jahren konkrete Vorschläge vor. Sowohl die Zukunftskommission Landwirtschaft als auch der Strategische Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft in der Europäischen Union haben kompromissfähige und wirksame Maßnahmen beschrieben. Bei ihrer Umsetzung geht es jedoch nur langsam voran.

Das ZdK drängt auf einen verbindlichen Fahrplan und einen wirksamen rechtlichen Rahmen für die Agrar- und Ernährungswende – mit einer veränderten und reduzierten Tierhaltung sowie klimafreundlicheren Ernährungsweisen, beispielsweise mittels Anpassung der Mehrwertsteuersätze. Diese Reformen können dazu beitragen, dass für die Landwirtschaft neue Märkte entstehen. Der Aktionsplan Natürlicher Klimaschutz hat sich als wichtiges Förderinstrument erwiesen, sollte erhalten und zielführend weiterentwickelt werden, um insbesondere die klimarelevante Wiedervernässung von Moorflächen voranzutreiben.

Das ZdK fordert die Bundesregierung dazu auf, sich für eine Gemeinsame Europäische Agrarpolitik einzusetzen, mit der Bodenfruchtbarkeit bewahrt, die Biodiversität geschützt und mehr Kohlenstoff gespeichert wird. Deshalb muss die Agrarförderung ökologischen, sozialen und ökonomischen Kriterien folgen und eine

Entlohnung für nachhaltige Bewirtschaftung und Gemeinwohlorientierung sein.

Subventionen: reduziert, gezielt, klimafreundlich

Im Koalitionsvertrag ist vorgesehen, bestehende Subventionen systematisch zu überprüfen. Gleichzeitig sind Entlastungen bei Luftverkehrssteuer, Agrardiesel und Entfernungspauschale vereinbart worden, die aus Sicht des ZdK der sozial-ökologischen Transformation entgegenstehen und zugleich staatliche Einnahmen mindern. Der Abbau klimaschädlicher Subventionen würde einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten, Fehlanreize beseitigen, Emissionen senken und drohende Kosten für den Erwerb zusätzlicher Emissionszuweisungen aus anderen EU-Mitgliedstaaten zu vermeiden.

Das ZdK fordert die Bundesregierung deshalb auf, Subventionen abzubauen bzw. zu reformieren, die den Ausstoß von Treibhausgasen begünstigen. Angesichts der Klimakrise müssen Subventionen künftig gleichermaßen auf ökologische, soziale und ökonomische Ziele ausgerichtet sein.

Das ZdK schlägt vor, gemäß diesen Kriterien anstelle der Entfernungspauschale eine Arbeitstagepauschale einzuführen, das Dienstwagenprivileg nach belgischem Modell auf E-Autos zu beschränken und die Steuerbefreiung für Schiffsdiesel und Kerosin zu beenden. Für First-Class-Flüge und Privatjets sollte eine zusätzliche Luxusabgabe geprüft werden, um zweckgebundene Einnahmen zur Finanzierung der sozial-ökologischen Transformation zu akquirieren.

Transformation ohne Grenzen: Klimaschutz als globaler Erfolg

Der europäische Emissionshandel ist ein erfolgreiches marktwirtschaftliches Instrument, das immer mehr Wirkung entfaltet. Seine Lenkungswirkung muss dauerhaft so ausgestaltet sein, dass die Klimaziele im Energie- und Industriesektor erreicht werden. Der zweite europäische Emissionshandel für Gebäude und Verkehr, ETS II, soll den Verbrauch von Öl und Gas verringern. Damit sinken die hohen Kosten für Importe fossiler Energieträger und somit die Abhängigkeit von – oftmals autokratischen – Staaten, die fossile Brennstoffe exportieren – darunter zahlreiche autoritär regierte Länder.

Das ist nicht nur klimapolitisch relevant. Es betrifft auch Europas außen- und sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit. Wer stark von Energieimporten abhängig ist, macht sich verwundbar.

Das ZdK fordert die Bundesregierung deshalb auf, keine neuen langfristigen Abhängigkeiten von fossilen Energieträgern aufzubauen. Auch der Neubau wasserstofffähiger Gaskraftwerke sollte sich auf das beschränken, was für Versorgungssicherheit und Systemstabilität tatsächlich benötigt wird. Investitionen in fossile Infrastruktur und

sehr langfristige Lieferverträge können sonst zu teuren Fehlinvestitionen werden.

Internationale Klimafinanzierung stärken

Klimapolitik endet nicht an europäischen Grenzen. Das ZdK spricht sich dafür aus, internationale Förderinstrumente stärker an messbaren Erfolgen auszurichten. Ein Beispiel ist die Tropical Forest Forever Facility (TFFF), die bei der Klimakonferenz COP 30 auf den Weg gebracht wurde. Staaten sollen dabei nach transparenten Regeln finanzielle Unterstützung erhalten, wenn sie ihre Wälder wirksam schützen und ihre Entwaldungsrate sehr niedrig halten. Solche anreizorientierten Modelle können auch bei anderen Klimaschutzmaßnahmen sinnvoll sein – beim Ausbau erneuerbarer Energien, bei Elektromobilität oder beim Ausstieg aus fossilen Brennstoffen.

Das ZdK fordert die Bundesregierung außerdem auf, die internationale Finanzierung von Emissionsminderung, Klimaanpassung sowie den Umgang mit Schäden und Verlusten verlässlich auszustatten. Deutschland sollte dabei nicht länger hinter der Zusage zurückbleiben, jährlich mindestens sechs Milliarden Euro aus Haushaltsmitteln bereitzustellen. Im Koalitionsvertrag ist vorgesehen, einen „fairen Anteil“ beizutragen und zugleich stärker private Mittel zu mobilisieren. Private Investitionen sind unverzichtbar, können verlässliche staatliche Beiträge aber nicht ersetzen. Eine Unterschreitung der Zusage ist aus Sicht des ZdK geopolitisch und wirtschaftlich kurzsichtig und würde der besonderen historischen Verantwortung eines Industrielandes nicht gerecht.